



@nicole.anger.md



@md.nicole.anger



@NicoleAngerMD



wkb@nicole-anger.de



0391 - 50672800



www.nicole-anger.de

Kalte Strukturreform der Krankenhäuser verhindern!

Durch all die Verzögerungstaktiken - auch hier im Land - droht im Vorfeld der von Minister Lauterbach geplanten Krankenhausreform ein Kliniksterben. Laut Deutscher Krankenhausgesellschaft laufen aufgrund gestiegener Kosten knapp zwei Drittel aller Krankenhäuser Gefahr, die Reform nicht mehr zu erleben. Mit meinem Antrag in der Landtagssitzung im Februar wollten die Fraktion und ich ein kaltes Krankenhaussterben vor der Reform als auch mit und nach der Reform verhindern. Und wir wollten vor allem die gesundheitliche Grundversorgung der Menschen garantieren. Der Antrag wurde jetzt in den Sozialausschuss überwiesen.

Seither: Still ruht der See. Mit der Reform des Bundes sollen Missstände in der Gesundheitsversorgung und auch in deren Finanzierung behoben werden. Aber momentan sieht es nur nach einem Kahlschlag aus. Die ersten Auswirkungen sind bereits zu spüren. Schließungen werden vor allem die kleinen Häuser treffen. Das sind die Grundversorger im ländlichen Raum. Die großen Privaten hingegen stoßen bereits jetzt ab, was nicht Profite bringt. So zuletzt die Geburtsstation in Halberstadt. Dies reiht sich ein mit den anderen Schließungen wie in Havelberg, Genthin, Gardelegen, Zeitz, Schönebeck und Ballenstedt. Ich sage: Keine Profite mit der Gesundheit der Menschen! Die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigte Revolution

der Krankenhausfinanzierung, das Ankündigen der Überwindung der Fallpauschalen ist eine Nebelkerze. Defizitäre Bereiche wie Geburtshilfe, Kindermedizin und Notaufnahme werden als erstes wegbrechen. Die Liquiditätshilfen im Gesetz sind auch nur der Modus linke Tasche, rechte Tasche. Es wird kein zusätzlicher Euro fließen, sondern nur die Zahlungen werden vorgezogen, auch spricht man bereits von notwendigen Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge der Versicherten. Wieder einmal mehr geht es zulasten der Menschen.

Der Wettbewerb um die knappen Ressourcen ist bereits entbrannt. Er schürt bereits Unsicherheiten beim Personal, aber auch bei den Menschen im Land. Dabei dürfen wir keinen Tag länger tatenlos zusehen. Die Gesundheitsversorgung ist für die Menschen da, sie ist Daseinsvorsorge und keine Profitmaschine. Das Streben nach Profiten hat in den letzten 20 Jahren das Gesundheitssystem massiv zerrüttet. Für 2024 wird die Zahl der Krankenhäuser, die rote Zahlen schreiben, bundesweit steigen. Das werden 80 Prozent sein, also vier von fünf Krankenhäusern! Auch die Kommunen schlagen schon länger Alarm. Sie müssen ihre kommunalen Einrichtungen enorm zufinanzieren. Das Land ist in den zurückliegenden Jahren hingegen nicht einmal den notwendigen Investitionsbedarfen nachgekommen. Das Rettungsschirmchen von 21 Millionen

des Landes im letzten Jahr war nicht spürbar. Die Krankenhausgesellschaft spricht von fehlenden 320 Millionen Euro plus fehlender Investitionskosten, die in die Milliarde gehen. Bei vielen alltäglichen Unfällen und Krankheiten muss aber innerhalb von maximal 30 Minuten eine erreichbare Erstversorgung vorhanden sein. Es braucht daher eine Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung. Wir brauchen keine strikte Unterscheidung zwischen Planung und Versorgung - wir brauchen eine sektorenübergreifende, integrierte Bedarfsplanung.

Deswegen müssen wir mit einer Krankenhausentwicklungsplanung genau das angehen. Das heißt für mich aber auch, dass die sogenannten Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Integrierte Gesundheitszentren (IGZ) - oder gern auch Polikliniken - keine Investitionsobjekte für private Krankenhaus-Ketten werden. Deswegen schlagen wir als Linke fünf Planungsregionen vor. Das Ziel: die Herstellung einer flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung auf gleichem Niveau in städtischen und ländlichen Regionen. Und keine Konzentration um die beiden Unikliniken herum. Denn das würde den Norden wie den Süden abhängen von der Versorgung.

Die Landesregierung muss daher heute und nicht erst morgen die Frage beantworten, wie die Versorgung in Sachsen-Anhalt durch welche Krankenhäuser sichergestellt werden soll.

Aber: Die Landesregierung verzögert weiter die zukunftssichere Planung der Krankenversorgung in Sachsen-Anhalt und wartet auf ein Handeln der Bundesregierung. Das wurde bei der Auswertung der von mir gestellten Kleinen Anfrage klar. Das hilft jedoch nicht weiter, weil Sachsen-Anhalt seit Jahren schon mit Schließungen von Klinikstationen und ganzen Krankenhäusern konfrontiert ist und es so einfach nicht weitergehen kann!

Das von der Landesregierung selbst beauftragte Gutachten zur Krankenhausplanung liegt seit Monaten vor, aber es passiert mit den Erkenntnissen aus diesem Gutachten absolut nichts. Das Krankenhausgutachten ist zu einem reinen Papiertiger verkommen und die Schuld daran trägt die Gesundheitsministerin. Das Land schlittert ohne Vorbereitung

und sehenden Auges in eine Gesundheitskrise. Es fehlen ernsthafte Absichten, in dieser Legislaturperiode in der Krankenhausentwicklungsplanung voranzukommen. Wenn die Landesregierung hier weiter nur abwartet statt anpackt, wird uns die Bundesreform überrollen und bis dahin weitere Stationen und Kliniken schließen müssen!

Letztendlich scheitert die Sicherung der Krankenversorgung im Land an der politischen Untätigkeit und dem Handlungsunwillen der Gesundheitsministerin. Das lässt mich zu dem Schluss kommen, dass eine Stabilisierung der Gesundheitsversorgung nicht auf der Prioritätenliste der Landesregierung steht. Ein Skandal! Die Kleine Anfrage kann bei Interesse unter folgendem Link nachgelesen werden:

<https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d3865dak.pdf>

Kinder- und Jugendschutz in Sachsen-Anhalt vor dem Aus

Es ist skandalös, wie das Sozialministerium ohne erkennbaren fachlichen Grund die Axt an den Kinder- und Jugendschutz im Land Sachsen-Anhalt legt. Ende 2023 erhielt der Träger fjp>media die Info, dass die Förderung für die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz zum Ende 2024 eingestellt wird. Gewachsene Netzwerkarbeit, vertrauensvolle Kooperationsstrukturen sowie Arbeitsplätze von hochmotivierten Jugendschützer:innen werden zerstört, weil der Träger der obersten Landesjugendbehörde augenscheinlich nicht zusagt. Es lässt sich nicht anders deuten. Denn es gibt keinerlei Rückschlüsse, die dem Träger eine mangelhafte fachliche Arbeit bescheinigen. Im Gegenteil – die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz des Landes genießt, wie viele Träger und Einrichtungen ebenso bestätigen, bundesweit höchstes Ansehen. Es muss dem Sozialministerium und der Koalition ein Anliegen sein, diese Expertise weiter zu fördern und sie nicht mutwillig zu zerstören.

Für die noch Beschäftigten ist das eine enorme Belastung, zu sehen und sich daran beteiligen zu müssen, ihre wertvolle und geschätzte Arbeit abwickeln zu müssen. Die Landesregierung beklagt einen Fachkräftemangel und schickt gleichzeitig

hochqualifizierte Fachkräfte des Jugendschutzes weg. Was für eine politische Doppelmoral! Hinzu kommt, dass die Ankündigung, diese Aufgabe aus der Förderung zu lösen und dafür einen Dienstleistungsvertrag zu vergeben, ein Novum in der Kinder- und Jugendhilfe im Land wäre. Diese Ausschreibung muss europaweit erfolgen. Damit ist völlig unklar, wie der perspektivische Träger die Qualitätsstandards des Jugendschutzes umsetzt. Dies widerspricht deutlich den Ansätzen der Jugendhilfe! Es würde auch keine Kosten sparen, im Gegenteil, die fachliche Ausrichtung des Jugendschutzes wird nicht mehr steuerbar sein und Gremien wie der Landesjugendhilfeausschuss sind dann nicht mehr beteiligt. Außerdem kann über den Dienstleistungsvertrag nicht gewährleistet werden, dass Fachkräfte tariflich entlohnt werden. Deutlicher kann eine Landesregierung nicht die Axt an den Jugendschutz im Land legen!

Das ist unsäglich! Ich bleibe im Interesse der jungen Menschen und des Kinder- und Jugendschutzes am Thema dran und werde mich weiter für die Fortführung der Aufgabe bei fjp>media einsetzen!

Zahnmedizinische Versorgung im Land stärken

Die aktuelle Version des Versorgungsatlasses der Kassenzahnärztlichen Vereinigung liegt vor. Diese aktualisierte Prognose bis 2030 ist schockierend:

Für 8 von 14 Landkreisen wird bis 2030 eine Unterversorgung bzw. eine drohende Unterversorgung vorausgesagt. Machen wir es konkret! Unterversorgt werden sein: Mansfeld-Südharz, das Jerichower Land und der Altmarkkreis Salzwedel. Drohende Unterversorgung haben wir dann im Landkreis Stendal, Saalekreis, Harz, in der Börde und auch in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in 13 von 14 Planungsbereichen eine dramatische Verschlechterung der zahnmedizinischen Versorgung droht. Die zu erwartenden Renteneintritte von Zahnärzt:innen bis 2030 sind um ein Vielfaches höher als die Zahl der Zahnärzt:innen, die in den Job im Land kommen. Praxen, die aufgegeben werden, weil es an jungen Nachfolger:innen

fehlt, liegen derzeit bei 60 Prozent. Also 3 von 5 Praxen finden keine Nachfolge! Das alles wird dazu führen, dass mehr als eine halbe Million Menschen in unserem Bundesland nicht mehr zahnmedizinisch versorgt werden. Also jede vierte Person! Der Mangel an Zahnärzt:innen hat bereits jetzt zu einer Verschlechterung der Versorgung der Patient:innen geführt. Für Patient:innen heißt das: längere Wartezeiten auf einen Termin, längere Anfahrtswege, vergebliche Suche nach Neuaufnahme in einer Praxis sowie verstärkter Zulauf in der Notfallversorgung.

Die Aufgabe des Landes ist es, die Versorgung der Bevölkerung Sachsen-Anhalts in den Blick zu nehmen und Versorgungsengpässen, besonders im ländlichen Raum, entgegenzuwirken. Am besten ist natürlich, sie erst gar nicht entstehen zu lassen. Dafür ist es nun leider deutlich zu spät. Mit der aktuellen Prognose der Kassenzahnärztlichen Vereinigung werden 2030 noch rund 57 Prozent der heute tätigen Zahnärzt:innen in der Versorgung tätig sein.

Wir stehen aktuell vor einer Situation, in der jährlich deutlich mehr Zahnärzt:innen ausscheiden als neue in den Job starten. Bis Ende 2030 werden 600 Zahnärzt:innen altersbedingt aus dem Job ausscheiden. Hingegen bilden wir pro Jahrgang 40 Zahnärzt:innen in Halle aus, davon bleiben nur ca. ein Viertel im Land, also 10. Bisher unberücksichtigt bleibt in der Debatte der Gesundheitsversorgung die aktuelle Entwicklung zum Beispiel in Magdeburg und den Umlandgemeinden. Intel will bauen und Menschen herholen. Je nachdem, wem man glaubt, werden zwischen 8.000 und 20.000 Menschen nach Sachsen-Anhalt kommen, um bei Intel zu arbeiten. Auch diese Menschen brauchen zahnmedizinische Versorgung.

Es gilt sowohl die Fachkräftegewinnung als auch -bindung zu stärken! Die Landesregierung ist in der Pflicht, sich für ein gutes Leben für alle verantwortlich zu zeigen. Dabei sind neben der Ausbildungsfrage auch insbesondere unterstützende Maßnahmen zur Praxisübernahme gerade im ländlichen Raum zu schaffen. Dazu muss sich die Landesregierung mit den Kommunen aktiv zusammenschließen, um vor Ort Rahmenbedingungen zu erhalten und zu schaffen, die Familien willkommen

heißen. Dazu gehören ÖPNV, Kitaplätze, Grundschulen in Wohnortnähe, Vereins- und Kulturleben. Gerade wenn wir den ländlichen Raum vom Zuzug nicht abhängen wollen, dann braucht es dort gute Lebensbedingungen. Modelle wie das der Polikliniken, also Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, müssen in den Fokus gerückt werden. Denn auch die Arbeitsbedingungen und vor allem die Anforderungen an Arbeit haben sich verändert. Das Modell der selbständigen Zahnärzt:innen, die allein ihre Praxen führen, wird sich überholen, wenn es das nicht gar schon hat. Im Interesse stehen eher Praxisgemeinschaften, in denen man sich nicht nur Technik teilt, sondern sich auch vertreten kann. Und es ermöglicht Spezialisierungen.

Ein gutes Beispiel ist das Thüringer Projekt des Gesundheitsbahnhofes. Ich halte es für eine gute Idee, dies für Sachsen-Anhalt zu prüfen und auch auszuprobieren. In Thüringen klappt das sehr gut, da pendeln Ärzt:innen ein, die Versorgung findet in dem dafür entsprechend ausgestatteten Bahnhofsgebäude statt. Auch die Patient:innen kommen aus dem Ort oder eben mit dem Zug hin. Da wir als Linke aber nicht wollen, dass Praxen geschlossen werden, um anderswo neu zu bauen, wollen wir, dass das Land ein Förderprogramm auflegt, um die Übernahme zu unterstützen. Aber auch diese Forderung wird wohl leider ein Ruf in die Wüste bleiben, denn auch dieser Antrag wurde in den Sozialausschuss überwiesen und wird lange weiter diskutiert, statt zu handeln....

Jugendämter in Not – Kindeswohl in Gefahr

Die Antworten der Landesregierung auf eine von mir kürzlich gestellte Kleine Anfrage zur Situation in den Jugendämtern Sachsen-Anhalts lassen aufhorchen und erfordern umgehendes Handeln. Man muss sich ehrlich fragen: Steht hier ein Helfer:innensystem kurz vor dem Kollaps?

Von den Jugendämtern in den Landkreisen ist ein lauter und deutlicher Hilferuf zu hören. Sie beschreiben steigende Fallzahlen im Kinderschutz, fehlende Kapazitäten in der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen, Belastungen des Personals durch zunehmende Komplexitäten der Hilfen, fehlende Fachkräfte.

Seit Jahren zeichnet sich diese Situation ab. Genauso lange wird immer wieder darauf verwiesen. Geschehen ist seitens des Landes bisher nichts. Die Jugendämter stehen allein da, das zuständige Ministerium fühlt sich nicht zuständig. Kindeswohl sowie Kinder- und Jugendschutz ist jedoch eine gemeinsame Aufgabe. Da gilt es nicht, sich die Verantwortung hin und her zu schieben. Die Antworten der Jugendämter zeigen auf, wie sich ihre Arbeitssituation auf den Kinderschutz auswirkt – und zwar negativ auswirkt. Nicht nur, dass jeder einzelne Fall von Kindeswohlgefährdung auch für die Profis vom Sozialen Dienst eine Herausforderung darstellt, nein, sie müssen gleich teilweise mehr als doppelt so viele Fälle betreuen als machbar. Folglich werden wichtige Hausbesuche, persönliche Gespräche mit den Familien reduziert. Das ist nicht nur eine Belastung für die Fachkräfte, das sind auch in Folge verringerte Hilfen. Hilfen, die eben nicht ankommen.

Für Hilfe, die ankommt, muss Zeit zur Verfügung stehen. Dies erfordert Personal. Entscheidungen im Kinderschutz dürfen nicht qua Aktenlage vom Schreibtisch aus getroffen werden. Hier zeigen sich auch die erschreckenden Auswirkungen der Jugendhilfe nach Kassenlage. Jugendhilfe ist ganzheitlich zu denken. Die Hilfen müssen ausfinanziert sein! Je stärker wir auf präventive Maßnahmen setzen, desto weniger werden wir in Zukunft Interventionen haben. Aber noch arbeitet das System – politisch gewollt – im Interventionsmodus.

Bei allen Bemühungen der Jugendämter – das zuständige Ministerium muss der Aufgabe des Kinderschutzes und der Prävention die notwendige Priorität im Land einräumen und die Jugendämter bei der Aufgabenwahrnehmung unterstützen! Kinderschutz braucht motivierte Kinderschützer:innen.

Cannabis-Verbotspolitik ist der falsche Weg!

Zur Landtagssitzung im März gab es eine Aktuelle Debatte zum Thema Cannabis-Legalisierung, die auch durch die Verzögerungspolitik der Landesregierung nun wieder in weite Ferne zu rücken scheint.

Aber noch unverständlicher ist es, dass einige Länder nun über den Bundesrat noch gegen das Inkrafttreten vorgehen wollen. Und gar beabsichtigen, das Gesetz zu stoppen. Gerade die CDU fühlt sich in der Opposition im Bund sichtlich unwohl und ist nun bemüht, über ihre Landesregierungen den Vermittlungsausschuss einzuberufen. Dazu wird gerade die Mehrheit im Bundesrat organisiert. Es ist fatal und auch peinlich, wenn der Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff eine Überlastung des Justizapparates fürchtet, weil bei Inkrafttreten des Gesetzes Amnestien anstehen.

Zudem hat die Verbotspolitik der letzten Jahre, ja Jahrzehnte, gezeigt, dass dies nicht dazu führt, Menschen vom Konsum von Cannabis abzubringen. Im Gegenteil: trotz des Verbotes stiegen die Zahlen des Konsums stetig an. Das Verbot von Cannabis führte nicht dazu, dass nicht konsumiert wird. Im Gegenteil. Der Konsum wird gefährlicher für die Menschen, vor allem für die, die konsumieren. Und diese Verbotspolitik hat dazu geführt, dass auch der Schwarzmarkt stetig anwachsen konnte. Es ist klar: Cannabis-Konsum muss bewusst und achtsam erfolgen. Das gelingt nur mit Aufklärung und auch Prävention. Und das kann gelingen!

Die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken markiert im Bereich der Gesundheits- und Drogenpolitik einen langersehnten Bruch mit der althergebrachten Verbotspolitik der Vorgänger-Regierungen. Meine Partei und ich begrüßen den längst überfälligen Schritt, der wegführt von einer Politik der Bevormundung und Drangsalierung und hin zu einer gesundheitsschutzorientierten Freigabe von Cannabis an Volljährige.

Das im Bundestag am 23.02.2024 beschlossene Gesetz ist daher eine deutliche Verbesserung zur bisherigen Rechtslage. Dennoch bleibt es hinter unseren Erwartungen einer echten Legalisierung zurück. Die Bundesregierung versäumt es, auch unter Berücksichtigung des hohen gesundheitspolitischen Anspruchs eine echte Legalisierung von Cannabis auszuschöpfen und eine umfassende Entkriminalisierung zu schaffen. Eine zu repressive Gesetzgebung birgt das Risiko, das alte Probleme der

Prohibition fortbestehen bzw. gesetzte Ziele verfehlt werden.

Dass das durch den Bundestag beschlossene Gesetz ein richtiger Schritt ist, zeigt sich deutlich am Widerstand der Konservativen. So viel Eifer und so einen lauten Aufschrei würde ich mir bei vielen anderen Themen auch wünschen, wie z.B. Alkohol ab 16 Jahren, betreutes Trinken ab 14 Jahren, bei der Anzahl der Kinder, die in Armut aufwachsen – jedes 4. Kind in Sachsen-Anhalt! Oder auch beim Thema Bundeswehr in Schule...

Das gefährdet das Wohl der Kinder und Jugendlichen. Hier müssen Sie endlich ebenso mal auf die Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes beharren und die Kinderrechte ernstnehmen! Kinder- und Jugendschutz ist nichts, was man mal eben aus der Kiste holt, wenn es einem gerade politisch passt!

Die Kritik am Gesetz der Innen- und Justizminister:innen der Länder, also auch aus Sachsen-Anhalt, ist an der Stelle selbstgemachtes Leid. Ein Gesetz, welches unnötig repressiv ist. Ein Gesetz, welches einen immensen bürokratischen Aufwand beinhaltet... Dies könnte man alles ausgleichen, ja wenn es nur gewollt wäre.

Gesundheits- und Jugendschutz haben für meine Partei und mich Priorität. Strafverfolgung gehört da eingesetzt, wo Dealer an Minderjährige verkaufen, nicht aber für die Minderjährigen selbst. Wir brauchen flächendeckende Aufklärungs-, Präventions- und Therapieangebote sowie eine Forschungsförderung der gesundheitlichen Folgen von Cannabis. Finanziert aus den dafür zweckgebundenen Steuereinnahmen.

Eine anständige Prävention schützt Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene – und zwar vor allem vor dem Dreck auf dem Schwarzmarkt. Das schadet der Gesundheit! Und auch hier muss dringend nachgebessert werden!

Die Cannabis-Legalisierung ist längst überfällig. Politischer Unwillen konservativer Parteien verhindert den dringend benötigten Fortschritt – wie in so vielen gesellschaftlichen Bereichen. Damit muss Schluss sein!

Nicole unterwegs

Übergabe der Petition des „Netzwerkes Prekäres Praktikum“

Im Wahlkreisbüro haben Studierende der Sozialen Arbeit den Kontakt zu mir gesucht, weil das verpflichtende Praktikum immer noch unbezahlt ist...

Aus diesem Grund haben die Vertreter:innen des „Netzwerkes Prekäres Praktikum“ im Landtag von Sachsen-Anhalt den Mitgliedern des Ausschusses für Petitionen, dem ich angehöre, ihr Anliegen dargelegt und ihre Petition überreicht. Die Beschwerde richtet sich gegen den Umstand, dass das zwanzigwöchige Pflichtpraktikum in Vollzeit im Studiengang „Soziale Arbeit“ bisher nicht vergütet wird.

Dabei ist der berufliche Alltag im Pflichtpraktikum mit sehr umfangreichen und verantwortungsvollen Tätigkeiten und Aufgaben verbunden. So müssen nach einer kurzen Einarbeitungszeit hauptamtliche Tätigkeiten übernommen und eigenständige Projekte geleitet werden.

Neben der Praktikumsstelle in Vollzeit sind die meisten Praktikant:innen gezwungen, Minijobs nachzugehen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Einige Praktikant:innen pflegen dazu auch noch Angehörige, haben Kinder oder sind mit anderweitigen (schwierigen) Lebensumständen konfrontiert. Das verschärft die Situation zusätzlich!

All das und vieles mehr sind Belastungen, denen sich Studierende der „Sozialen Arbeit“ im berufspraktischen Studiensemester regelmäßig ausgesetzt sehen. Individuelle Lösungsansätze haben in der Vergangenheit nicht zu einer Verbesserung der Situation geführt, so die Vertreter:innen des „Netzwerkes Prekäres Praktikum“.

Daher fordern sie eine Lösung seitens der Politik, die eine Entlohnung während des Pflichtpraktikums sicherstellt.

Gerade auch im Hinblick auf die Fachkräftesicherung solle ein klares Zeichen für die Anerkennung „Sozialer Arbeit gesetzt“ werden. Die Pflichtpraktika im Studiengang „Soziale Arbeit“ sollen

künftig tariflich vergütet und dies gesetzlich klar verankert werden.

Ich unterstütze die Forderung und werde die Verbesserung im Ausschuss entsprechend fordern.



Nachgefragt: Rund ums E-Rezept

Am Montag, den 29. Januar 2024, traf ich mich mit Thomas Rößler (u.a. stellvertretender Vorsitzender des Landesapothekerverbandes Sachsen-Anhalt e.V.) in der Magdeburger Victoria-Apotheke, um mich umfassend darüber zu informieren, wie sich das E-Rezept in der Praxis bewährt:

Wo liegen die Vor- und Nachteile, was läuft in der Praxis gut, wo muss nachgebessert werden, was ist zu beachten?

Neben der doch erheblichen Arbeitserleichterung gibt es momentan auch sehr viele Risiken für die Apotheken. Herr Rößler teilte mir mit: „Das E-Rezept verursacht manchmal einen unnötig erhöhten Beratungs- und Zeitaufwand. In einigen Fällen ist das Rezept noch nicht verfügbar, wenn der Patient vor mir steht. Darum müssen wir manche Patienten leider vorerst auf später vertrösten. Das verursacht unnötige Arbeit und Wege, weil die Patienten noch einmal losgehen müssen.“ Auch gibt es für die Apotheken weitere ungeklärte Probleme, wie beispielsweise mit nicht korrekt ausgefüllten Rezepten umzugehen ist. Thomas Rößler weiter: „Wenn sich Fehler einschleichen, können uns die Krankenkassen diese Rezepte retaxieren, das heißt, wir bekommen diese Rezepte nicht vergütet. So werden wir auch für von uns nicht verschuldeten Fehlern haftbar gemacht.“ Ich teile die Einwände von Herrn Rößler.

Es ist unverantwortlich von den Krankenkassen, dass die Apotheken für Fehler einstehen müssen, die sie nicht verursacht haben. Da braucht es dringend mehr Feingefühl von den Krankenkassen. Ein neues System läuft selten fehlerfrei. Für eine gewisse Übergangszeit darf es darum keine Regressforderungen für eigentlich banale Fehler geben. Ich werde diese Problematik mit in den Sozialausschuss nehmen und dort zur Diskussion stellen.

Neben der Implementierung des digitalen Rezeptes in den Apotheken waren die bestehenden Lieferengpässe Thema des Austauschs. Die akuten Lieferengpässe führen laut Thomas Rößler immer noch zu einem immensen Arbeitsmehraufwand, um die Patient:innen optimal zu versorgen. Zudem bemerkte Thomas Rößler, dass die Apotheken dringend eine Erhöhung ihrer Grundvergütung benötigen, denn eine Anpassung der Inflationskosten fehlt bis heute. Ich habe aus dem Gespräch viele Impulse für meine Arbeit mitgenommen und bedanke mich recht herzlich bei Thomas Rößler und seinem Team.



Jahrestagung der BAG „Kindheit und Jugend“

19. 04. – 21.04. 2024 in Magdeburg

Thema: *Aufwachsen im Dauerkrise*modus

Als Abgeordnete meiner Fraktion bin ich unter anderem auch für das Thema Kinder- und Jugendpolitik zuständig. Es liegt mir ganz besonders am Herzen, da ich vor meiner politischen Tätigkeit in diesem Berufsfeld tätig war. Kindern und Jugendliche eine Stimme geben – mein erklärtes Ziel!

Daher engagiere ich mich auch in der Bundesarbeitsgemeinschaft „Kindheit und Jugend“ meiner Partei und bin im Rahmen meiner Sprecher:innen-Tätigkeit als Abgeordnete auch bei der Jahrestagung mit dabei. Gemeinsam mit allen interessierten Menschen wollen wir ein Wochenende linke Kinder- und Jugendpolitik gestalten. Wir wollen in der Stadt präsent sein und mit vielen Menschen ins Gespräch kommen. Wir wollen uns miteinander fachlich austauschen, über das Aufwachsen in Zeiten großer Krisen, der bundesweiten Kürzungen zu Lasten junger Menschen, der zunehmenden Armut und des dramatischen Rechtsrutsches. Zu guter Letzt wollen wir gemeinsam die Schwerpunkte der BAG-Arbeit für 2024 herausarbeiten und bestimmen. Die Fachtagung findet in der Jugendherberge in der Innenstadt von Magdeburg (Leiterstr. 10, 39104 Magdeburg) nur ca. 200 Meter vom Hauptbahnhof entfernt statt.

Die Teilnahme an der Fachtagung ist kostenlos. Um eine Anmeldung, auch der Tagesgäste, wird bis zum 30.03.2024 gebeten, mit dem Vermerk, ob Teilnahme an der Tagungsverpflegung in der Jugendherberge gewünscht ist. Für die Tagungsverpflegung fallen separate Kosten an (Freitag 7,50, Samstag 15 Euro). Bei Interesse kann man sich hier anmelden: bag.kindheit-jugend@die-linke.de
Vielleicht sehen wir uns ja bei der Tagung!

Programm der Jahrestagung

Freitag, 19.04. – Aktiv vor Ort

- 14.30 Uhr Spielplatzfest am Pechauer Platz: Austausch und Spiel mit Kindern und Familien
- 18.30 Uhr Abendessen in der Jugendherberge (Anmeldung erforderlich)

- 20.00 Uhr Austauschrunde – Wo stehen wir als Linke, als BAG Kindheit & Jugend?

Samstag, 20.04. – Fachtagung „Aufwachsen im Dauerkrise-Modus“

- 09.30 Uhr Stadtrundgang mit Pascal Begrich (Historiker und Rechtsextremismusexperte) – Aufwachsen in den Baseballschlägerjahren! Rechte Spuren, rechte Attacken von den 80ern bis zur Gegenwart. Wie hat Jugendpolitik darauf reagiert?
- 12.00 Uhr Mittagessen in der Jugendherberge (Anmeldung erforderlich)
- 13.30 Uhr Beginn der Fachtagung

In verschiedenen Formaten beschäftigen wir uns mit den Themen Rechtsrutsch, Kitakrise, Selbstorganisation, Ombudschaften, Situation in Jugendämtern, Jugendarbeit und einigem mehr.

Mit:

Conny Geißler – Bündnis für Demokratie & Toleranz aus Anhalt-Bitterfeld

Lisa Jahn – Ombudstelle Sachsen-Anhalt

Katrin Klähn – Kitafachkräfteverband Sachsen-Anhalt

Sophie Koch – Volkssolidarität Bundesverband

Sinah Mielich, Florian Muhl - Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung und Linke Hamburg

Runa Pal – Sozialarbeiterin, Personalrätin (Kreis Offenbach) und ver.di

Bundesfachgruppe EBSA

Katharina Queisser –

Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (BEVKI)

Volker Rohde – Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit e.V. (BAG

OKJA)

Mareike Stanze – Jugendkulturarbeit im Sozialen Brennpunkt, Berlin-Kreuzberg

Matthias Stein – LAG ASD Hamburg, Mitvorsitzender des LJHA Hamburg

Ulrike von Wölfel – Koordinatorin für Ombudschaftliche Arbeit im Kinder- und Jugendhilferechtsverein e.V., Dresden

N.N. - Careleaver

- 18.00 Uhr Abendessen in der Jugendherberge (Anmeldung erforderlich)
- 19.00 Uhr Podium: Aufwachsen in der Krise - Handlungsoptionen von links.

Mit:

Nicole Anger – MdL Sachsen-Anhalt

Kolja Fuchslocher – Sprecher der BAG

Kindheit & Jugend, Mitglied der BVV

Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Sarah Nagel – Bezirksstadträtin für Jugend, Berlin Neukölln

N.N.

- Ab 20.30 Uhr Gemeinsamer Ausklang

Sonntag, 21.04. BAG Kindheit & Jugend konkret

- 09.30 Uhr Ankommen und Registrierung
- 10.00 Uhr BAG Konkret – linke Kinder- und Jugendpolitik gestalten
- Rechenschaft & Ausblick – 1 Jahr BAG Kindheit & Jugend
- Generaldebatte
- Nachwahlen für den Sprecher:innenrat und den Koordinierungskreis
- Anträge
- 13.30 Uhr Ende

Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros

Montag:	09:00 – 16:00 Uhr
Dienstag:	09:00 – 17:00 Uhr
Mittwoch:	09:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag:	09:00 – 16:00 Uhr
Freitag:	09:00 – 15:00 Uhr

Impressum und V.i.S.d.P
Wahlkreisbüro Nicole Anger
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg